

\$76 8 Europaisches Parlament
- EP # 79-113, rue Belliard
w PE 1 8-1040 BrUssel
%1 .1 a- (00 32-2) 2 34-36 49
Barbara Simons Europaisches Parlament
Palais de VEurope
F-67006 StraBburg
'8' (00 33-88) 37-55 96
Mitglied
des Europa'ischen Parlaments
EuropabUro
OdeonstraBe 15/16
D-SOOO Hannover 1
PRESSENITTEILUNG 8(0511)1674-269
Hannover, 27.'Jun1 1990
Nr.: 71/90
Barbara Simons MdEP: "SUdafrika-ErkIERung des Dubliner Gipfels ist zu
. begrUBen"
"D13 ErkIarung der EG-Staats- und Regierungschefs zur Lage ln SUdafri-
ka ist zu begrUBen. Es ist rlcht19, daB die Europaische Gemelnschaft
an Ihren Sanktionen festhalt und das 2191 ihrer SUdafrika-Politik,
n\$mllich die vollstandige Abschaffung der Apartheid, und zwar ohne Ver-
zbgerung, bekraftigt hat", erk15rte Barbara Simons (Hannover), SUd-
afrikA-Sprecherln der Sozialistischen Fraktion lm Europaischen Par-
lament, zum Ausgang des Dubliner EG-Gipfels.
Die Erk15rung von Dublin wertete die SPD-PoIt1kerln aIS Anerkennung
der besonnen PoItik von NeIson MandelA und des African National Con-
gress. Schlie31ich sel es der ANC gewesen, der die Initlatve fUr die
Gesprache Uber Verhandlungen zur Besetzung der Apartheld ergriffen
hatte. NeIson MandelA habe auf seiner Europa-Reise mit groaartigem En-
gagement und viel Uberzeugungskraft um UnterstUtzung fUr einen fried-
lichen Handel ln SUdafrika geworben.
"D19 EG muB ihre Ant1-Apartheid-Sanktionen fortsetzen, bis eln Abkom-
. men Hber dle Schaffung einer neuen Verfassungsordnung ln SUdafrika ab-
geschlossen ist, unter der alle BUrger in einer nlcht-rass15t1schen,
demokratischen GeseIIIschaft als Gleichberechtigte behandelt werden",
betonte Barbara Simons. Sie wies erganzend darauf hin, daB auBerdem
die positiven MaBnahmen verstarkt werden mUBten. Die von den EG-Aus-
senministern in Aussicht gestelIte Erhahung der EG-Mittel fUr das Son-
derprogramm fUr die Opfer der Apartheid von derzeit 30 Millionen ECU
auf 42 Millionen ECU lm Jahr 1991 sei zu wenig. Das Europaische Parla-
ment werde eine Verdoppelung der Mittel auf 60 M111onen ECU fordern,
damit zusEtzliche EG-Mittel fUr die aus dem Exil heimkehrenden SUd-
afrikaner und fUr einen Treuhandfonds zur Unterstutzung des Demokrati-
sierungsprozesses ln SUdafrika zur Vernung stehen warden, kUndigte
die SPD-PoItikerin an.
-.-.als